

Verwaltungsgemeinschaft mit Tornesch - oder: Können zwei Städte zueinander finden?

In den letzten Monaten ist das Thema: „Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft“ häufig in den regionalen Tageszeitungen erwähnt worden.

Am 20.3.2006 hat die Ratsversammlung der Stadt Uetersen einen entsprechenden Beschluss gefasst, der u.a. lautete: „Die Verwaltung wird beauftragt, sofort mit der Stadt Tornesch Verhandlungen über die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft aufzunehmen. Die Verhandlungen sind so zu führen, dass die Verwaltungsgemeinschaft zum 1.01.2008 in Kraft tritt.“ Dieser Beschluss wurde einstimmig von der Ratsversammlung verabschiedet.

Vor einigen Jahren sind bereits einmal Fusionsgespräche mit der damaligen Gemeinde Tornesch gescheitert. Die finanzielle Entwicklung in allen Kommunen zwingt die Kommunalpolitiker dazu, andere Wege zu beschreiten, um die laufenden Kosten der Kommune zu reduzieren. Als größter Kostenblock tauchen auch bei der Stadt Uetersen die Personalkosten auf. Es sollen

aber keine Kündigungen ausgesprochen werden, sondern durch natürliche Fluktuation frei werdende Stellen nicht wieder besetzt werden.

In den vergangenen Jahren haben wir bereits positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Tornesch gesammelt. Das beste Beispiel hierfür ist die Gründung der gemeinsamen Gesamtschule, der Klaus-Groth-Schule. Aber auch im Bereich eines gemeinsamen Vollstreckungsbeamten haben die Kommunen bereits zusammengearbeitet. Leider

RotFux informiert:

Was ist als **Verwaltungsgemeinschaft** denkbar?

1. Einer – z.B. Stadt A - überträgt **einzelne** Verwaltungsaufgaben – z.B. die Aufgabe „Sozialamt“ - auf einen anderen – z.B. Stadt B; die einzelne Aufgabe „Sozialamt“ von Stadt A wird dann von Stadt B gegen Entgelt ausgeführt.
2. Einer überträgt **alle** Verwaltungsaufgaben auf einen anderen; alle Aufgaben werden von diesem gegen Entgelt erledigt.
3. Beide übertragen **wechselseitig** Verwaltungsaufgaben auf den anderen; jeder erledigt Aufgaben des anderen gegen Entgelt. Als Beispiel formuliert: die Stadt A überträgt z.B. die Aufgabe „Sozialamt“ auf die Stadt B und die Stadt B überträgt z.B. die Aufgabe „Bauamt“ auf die Stadt A usw. Die Aufgabe „Sozialamt“ von Stadt A wird dann von Stadt B gegen Entgelt ausgeführt und die Aufgabe „Bauamt“ von Stadt B wird dann von Stadt A gegen Entgelt ausgeführt usw.

wurde ein weiterer Bereich, der ebenfalls positiv lief, der gemeinsame schulpsychologische Dienst, von der bürgerlichen Mehrheit aus CDU und BfB gekündigt. Das haben wir als SPD Uetersen versucht zu verhindern, haben allerdings keine Mehrheit in der Ratsversammlung.

In den letzten Tagen ist ein weiterer Baustein der gemeinsamen Zusammenarbeit auf den Weg gebracht worden: es werden die Restaufgaben der Sozialämter im Tornescher Rathaus zusammengefasst. Nächste Ziele sind ein gemeinsames Standesamt und die Erweiterung des Schulzweckverbandes um die bereits bestehenden Schulen und das Ludwig-Meyn-Gymnasium.

Seit November 2005 gibt es im Rahmen eines Regionalausschusses Gespräche mit den Tornescher Politikern und der Tornescher Verwaltung. Das Gremium, dem die Fraktionsvorsitzenden der in den Ortsparlamenten vertretenen Parteien angehören, hat bereits zweimal Experten eingeladen, die im Bereich Verwaltungszusammenarbeit Erfahrung haben und davon berichten konnten.

Bei der Zusammenarbeit in Form einer Verwaltungsgemeinschaft bleiben beide Städte bestehen, aber es gibt unter Umständen nur noch eine Stadtverwaltung, die für beide Kommunen tätig wird.

Unsere Position:

■ Wir fordern die Einberufung einer **Einwohnerversammlung** zum Thema „Verwaltungsgemeinschaft“ durch den Bürgervorsteher. Alle Bürger und Einwohner sollen die Chance haben, sich zu diesem Thema zu informieren.

RotFux recherchiert:

Agenda 21 - was ist das?

Agenda 21 bedeutet: Das, was getan werden muss. Bei allem, was wir tun, sollen wir bedenken, wie sich das für unsere Nachkommen auswirkt. Solches Handeln heißt nachhaltig. Wir dürfen nicht leichtfertig Energien verbrauchen,



Brigitte Brennecke

Boden und Wasser vergiften, die Luft verpesten und das Klima schädigen, denn die Generationen nach uns brauchen auch eine Um-

welt, in der sie leben können. Umwelt, das legt die Agenda fest, besteht aber auch aus sozialem und wirtschaftlichem Umfeld, Die „21“ steht für das 21. Jahrhundert, in dem jeder vernünftige Mensch, die Politik und selbstverständlich jedes Unternehmen umweltschonend, sozial gerecht und wirtschaftlich verantwortungsbewusst handeln muss.

Die Bewegung wurde 1992 ins Leben gerufen. 178 Länder beschlossen die Prinzipien der Agenda 21, auch der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl hat unterschrieben. Die Uetersener Ratsversammlung beschloss am 28.06.2001 sich der Agenda-Bewegung anzuschließen, dabei sollen Verwaltung und Bürger zusammenarbeiten. Unsere lokale Agenda-21-Gruppe hat versucht, den Radver-

kehr attraktiver und sicherer zu machen. Eine Liste hiesiger Erzeuger von Lebensmitteln wurde erstellt. Wenn Verbraucher Erzeugnisse kaufen, die aus der Umgebung kommen, werden weite Transporte vermieden. Der Verkehr wird entlastet, Sprit gespart, Tierqualen während weiter Wege werden unnötig, das Essen ist frischer und heimische Erzeuger werden unterstützt. Wir haben Verbraucher- und Energieberatung angeboten und mit Artikeln in der UeNa aufgeklärt. Dabei wurden viele umweltschonende, Mitmenschlichkeit fördernde und wirtschaftlich sinnvolle Tipps gegeben. Eine Veranstaltung „saubere Kleidung“ befasste sich mit den Arbeitsbedingungen der Näherinnen in Südasiens, denn von dort kommt ein Großteil unserer Kleidung. Wir haben uns an einer Veranstaltung gegen die Beschneidung von Frauen beteiligt.

Es bleibt noch viel zu tun. Die Agenda-Gruppe braucht Mitstreiter, die sich für ein besonderes Projekt oder für den gesamten Agenda-Gedanken einsetzen. Kinder, Jugendliche und ausländische Mitbürger sind herzlich willkommen. Und sie braucht dringend einen Ansprechpartner in der Verwaltung. Bitte nehmen Sie Kontakt über die *RotFux*-Redaktion auf.

RotFux diskutiert:

Ausgliederungen und Privatisierungen bis zum bitteren Ende?

Wenn sich die Erkenntnis nicht vermeiden lässt, dass es Veränderungen im

sozialen Gefüge geben muss, schlagwortartig auch als „Umbau des Sozialstaates“ bezeichnet, dann hüte man sich davor, einen „Abbau des Sozialstaates“ zu betreiben. Umfängliche Privatisierung ist kein Königsweg; es steht dahinter die Illusion, der Einzelne könne ohne die Solidarität der Gemeinschaft in größerer Sicherheit leben. Die Versorgung der Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen drastisch herunterzufahren ist falsch; Aufwand und Ertrag gehören auf den Prüfstand. Es gibt Bereiche, wo Rentabilität und Preisgestaltung mit dem Gebot des Sozialstaates im Widerspruch stehen. Privatunternehmen müssen dazu neigen, sich aus dem öffentlichen



Dienstleistungsangebot die „Rosinen“ zu picken und der öffentlichen Hand die kostengünstigeren Bereiche zu belasten. Sozialverträgliche Abwägung ist auch im kommunalpolitischen Bereich wichtig. Gemeinwohl, Lebensqualität und persönliche Freiheit bleiben dort auf der Strecke, wo freie Marktwirtschaft mit der Forderung nach totaler Privatisierung öffentlicher Leistungen zur reinen Ideologie wird.

Es bleiben drei ganz wesentliche Fragen:

- Wer schützt den Bürger vor Preisdikтата, wenn lebenswichtige Dienstleistungen in der Hand privater Monopolisten liegen?
- Wer garantiert die breite Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen durch private Unternehmen, für die der Versorgungsgesichtspunkt erst an zweiter Stelle hinter dem Gewinn Gesichtspunkt rangiert?
- Wie steht es um die Arbeitsplatzsicherheit und die leistungsgerechte Entlohnung?

Es ist also nicht egal, wer die Dienste anbietet. Öffentliche Dienstleistungen sind schützenswert, auch deshalb, damit der Dienstleistungsproduzent nicht zum „Dienstleistungszwischenhändler“ verkommt.

Unsere Position:

■ Wir sind für die Rekommunalisierung der Straßenreinigung, d.h. Erledigung durch den Baubetriebshof. Die private Reinigungsfirma hat – wie auch in der Stadt Elmshorn – nicht zufriedenstellend gearbeitet.

■ Die bürgerliche Mehrheit in der Ratsversammlung aus CDU und BfB hat jedoch am 20.03.06 mit 17 gegen 13 Stimmen beschlossen, dass die Straßenreinigung privatisiert bleiben soll und wieder auszuschreiben ist.

RotFux rumort:

Was die CDU alles so weiß oder auch nicht weiß - Oder was man weiß und was man wissen sollte! Die CDU-Uetersen weiß nicht was ihre eigene Abkürzung CDU bedeutet. In dem "CDU-City-Info" bezeichnet sich die CDU als: "Christlich Demokratische Partei Deutschlands" Dann müsste die Abkürzung aber CDPD, CDD oder evtl. CPD heißen.

Aber eines weiß die CDU ganz genau. Bei der nächsten Kommunalwahl bekommt sie 50 % oder mehr der Wählerstimmen. Wenn nun aber die Wähler

durch die Neue Namensgebung verunsichert werden und vermuten dass es sich nun um zwei Parteien mit Christlichen Vorzeichen handelt, könnte die absolute Mehrheit gefährdet sein. Das Kürzel CDU bekäme dann die tragische Bedeutung:

C = Chaos

D = durch

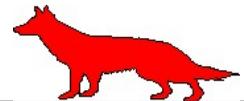
U = Umbenennung

Wir haben das Gefühl, dass schon heute bei der Uetersener CDU ein Missverhältnis zwischen Macht und Kompetenz besteht.

Der Wähler kann aber beruhigt sein, bei der SPD-Uetersen hat sich nichts verändert. Die SPD heißt seit mehr als hundert Jahren **SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**. Sie setzt sich seit jeher für die sozialen Belange ihrer Mitbürger ein und ist eine wichtige politische Kraft in Uetersen. Bis zur Kommunalwahl haben wir noch Zeit die Sachen beim Namen zu nennen.

Wer heute schon vom Wahlsieg redet - wird morgen die Niederlage schwer erklären können. Wenn die CDU jedoch meint dass sie 50 % ihrer heutigen Mandate bei der nächsten Kommunalwahl erhält, halte ich dieses für realistisch und möchte mich für meine falschen Behauptungen entschuldigen.

**Bis bald
Euer *RotFux*!**



Impressum:

RotFux Nr. 9 im 4. Jahrgang; Herausgeber: SPD-Ortsverein Uetersen, Pracherdamm 99a, 25436 Uetersen, Tel. 55133, www.spd-uetersen.de; ViSdP: Redaktionsteam: Heike Baumann, Jan Baumann, Kay-Uwe Dohrn, Ingo Struve, Max Taube, Norbert Vahl und Erhard Vogt
Druck: C.D.C. Heydorn Auflage: 8.000